S 7 RA 2/03

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

2

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

Normenkette

1. Instanz

Aktenzeichen S 7 RA 2/03 Datum 30.05,2003

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 RA 158/03 Datum 04.02.2004

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des Klägers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Neuruppin vom 30. Mai 2003 wird zurÃ⅓ckgewiesen. AuÃ∏ergerichtliche Kosten haben die Beteiligten einander auch fÃ⅓r das Berufungsverfahren nicht zu erstatten. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Im Streit zwischen den Beteiligten ist, ob die Beklagte im Fall des Klägers die gesetzliche Beitragsbemessungsgrenze auf die Berechnung seiner Rente anzuwenden hat oder nicht.

Der am \hat{a}_{1} 1934 geborene Kl \tilde{A} ¤ger bezieht seit 01. Januar 1995 Altersrente von der Beklagten. Bei der Berechnung der Rente wurde f \tilde{A} ½r die Zeit vom 04. April 1961 bis zum 30. Juni 1999 im Neufeststellungsbescheid vom 27. Dezember 2001 die Beitragsbemessungsgrenze erreicht und angewandt. Den Widerspruch des Kl \tilde{A} ¤gers dagegen wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 06. Dezember 2002 zur \tilde{A} ½ck.

Hiergegen hat sich die am 02. Januar 2002 beim Sozialgericht Neuruppin erhobene

Klage gerichtet, der das Sozialgericht den Antrag entnommen hat,

den Bescheid vom 27. Dezember 2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 06. Dezember 2002 abzuĤndern und die Beklagte zu verpflichten, seine gezahlten FZR-BeitrĤge auch oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenberechnung und -zahlung zu berücksichtigen.

Die Beklagte hat erstinstanzlich beantragt,

die Klage abzuweisen.

Das Sozialgericht hat mit Gerichtsbescheid vom 30. Mai 2003 die Klage abgewiesen und zur Begründung ausgeführt:

Die Klage ist zulÄxssig aber unbegrļndet.

Streitgegenstand ist der Rentenbescheid vom 27. Dezember 2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 06. Dezember 2002, wie die Beklagte im Schriftsatz vom 03. MĤrz 2003 klargestellt hat. Insoweit hat die Beklagte in ihrem Widerspruchsbescheid ein falsches Bescheiddatum benannt; einen Bescheid vom 18. Juli 2002 gibt es nicht.

Der angefochtene Bescheid ist jedoch rechtmäÃ∏ig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten. Er hat keinen Anspruch gegen die Beklagte auf die Berücksichtigung von Beiträgen zur FZR oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze.

GemäÃ∏ § 260 Satz 2 SGB VI werden für Beitragszeiten im Beitrittsgebiet und im Saarland die im Bundesgebiet geltenden Beitragsbemessungsgrenzen angewendet. GemäÃ∏ § 256 a Abs. 1 SGB VI werden fÃ⅓r Beitragszeiten im Beitrittsgebiet nach dem 08. Mai 1945 Entgeltpunkte ermittelt, im dem der mit den Werten der Anlage X vervielfältigte Verdienst (Beitragsbemessungsgrundlage) durch das Durchschnittsentgelt für dasselbe Kalenderjahr geteilt wird. Als Verdienst zählen gem. § 256 a Abs. 2 SGB VI der tatsächlich erzielte Arbeitsverdienst und die tatsächlich erzielten EinkÃ⅓nfte, fÃ⅓r die jeweils Pflichtbeiträge gezahlt worden sind, sowie der Verdienst, fÃ⅓r den Beiträge zur Freiwilligen Zusatzrentenversicherung oder freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung fÃ⅓r die Zeit vor dem 01. Januar 1992 oder danach bis zum 31. März 1999 zur Aufrechterhaltung des Anspruches auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (§ 279 b) gezahlt worden sind.

Fýr Zeiten der Zugehörigkeit zu einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem im Sinne des Anspruchs- und Anwartschaftsýberführungsgesetzes (AAÃ \Box G) wird gem. § 259 b Abs. 1 SGB VI bei der Ermittlung der Entgeltpunkte der Verdienst nach dem AAÃ \Box G zugrunde gelegt.

Die Neufeststellung der Altersrente des Klägers aufgrund des Hinzutretens der festgestellten Zeiten und Verdienste in einem Zusatzversorgungssystem fýhrte

dazu, dass die bei der Rentenberechnung zu berücksichtigenden Verdienste durchgĤngig von April 1961 bis 30. Juni 1990 die Beitragsbemessungsgrenze erreichen. Dies war bei der vorherigen Rentenberechnung nur bis Dezember 1976 der Fall. Eine Berücksichtigung von Verdiensten oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze ist gesetzlich ausgeschlossen. Das SGB VI bietet dafÄ¹/₄r keine Anspruchsnorm. Entgegen der Auffassung des KlÄxgers gab es auch in der DDR Beitragsbemessungsgrenzen. So lag die Beitragsbemessungsgrenze in der Sozialpflichtversicherung bei 600,00 Mark im Monat/7.200,00 Mark im Jahr. Diese Grenze war im § 16 Abs. 2 der VO zur Sozialpflichtversicherung der Arbeiter und Angestellten (SVO) festgelegt. Daneben konnten BeschĤftigte, deren Verdienst darüber lag, ab 01. März 1971 diese höheren Verdienste in der Freiwilligen und ZusÃxtzlichen Versicherung in der Sozialversicherung versichern. Dies war bis zu einem Betrag von hA¶chstens 1.200,00 Mark im Monat mA¶glich. Auch diese Begrenzung (§ 20 der VO über die Freiwillige Zusatzrentenversicherung der Sozialversicherung vom 17. November 1977) normierte eine Beitragsbemessungsgrenze. Allerdings wurde diese spĤter für die FZR aufgehoben.

Die bei dem KlĤger zugrunde gelegten Entgelte und damit auch die von ihm zu DDR-Zeiten entrichteten BeitrĤge zur FZR sind im hĶchstmĶglichen Umfang bei der Rentenberechnung berļcksichtigt worden. Darľber hinaus gibt es keine rentenrechtliche Berļcksichtigung.

Soweit der KlĤger die Verfassungswidrigkeit der Anwendung der Beitragsbemessungsgrenze-West auf seine Versicherungsbiografie aus den neuen Bundesländern rügt, sieht das Bundesverfassungsgericht selbst die Anwendung der Beitragsbemessungsgrenze als verfassungsgemäÃ∏ an. Auch die Entscheidung des Gesetzgebers, die einzelnen Rentensysteme der ehemaligen DDR in ein einheitliches System nach dem SGB VI zu überführen, hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich als verfassungsgemäÃ∏ beurteilt (Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 28. April 1999, Az.: BvL 32/95-1 BvR 2105/95; 1 BvR 1926/96-1 BvR 485/97). Die gegenteilige Ansicht von Rechtswissenschaftlern und Rechtskundigen vermag an diesen Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts nichts zu Äxndern, da die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts die Verfassungsorgane des Bundes und der LĤnder sowie alle Gerichte und BehĶrden bindet (§ 31 Bundesverfassungsgerichtsgesetz). Des Weiteren hat das Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde des vom KlĤger zitierten Rechtsanwaltes mit Beschluss vom 06. August 2002 nicht zur Entscheidung angenommen. In der Begründung heiÃ∏t es dazu, der RÃ⅓ge der Verfassungswidrigkeit des <u>§ 260 Satz 2 SGB VI</u> komme keine grunds Axtzliche verfassungsrechtliche Bedeutung zu. Die Bedeutung von Artikel 14 und Artikel 3 Abs. 1 Grundgesetz für die in der Deutschen Demokratischen Republik erworbenen Rentenansprüche und Anwartschaften und deren Ã∏berleitung in das gesamtdeutsche Rentenrecht sei in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geklÄxrt.

Aus der vom Kläger eingereichten Darstellung "Bilanz und Ausblick â∏∏ II -" von

der Rechtsanwaltskanzlei Dr. C./Dr. C. vermag die Kammer für den Rechtsstreit des Klägers nichts zu schlieÃ∏en. Die Frage der Systementscheidung sowie Beitragsbemessungsgrenze ist verfassungsgerichtlich geklärt.

Gegen dieses, dem Kläger am 06. Juni 2003 zugestellte Urteil richtet sich dessen Berufung vom 30. Juni 2003, zu deren Begründung der Kläger im Wesentlichen ausführt, durch den Gesetzgeber sei er um seine Beiträge zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung enteignet und der Gleichheitsgrundsatz verletzt worden.

Der KlAxger beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Neuruppin vom 30. Mai 2003 zu ändern und die Beklagte unter Ã□nderung des Bescheides vom 27. Dezember 2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 06. Dezember 2002 zu verpflichten, die vom Kläger gezahlten FZR-Beiträge auch oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenberechnung und -zahlung zu berücksichtigen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurĽckzuweisen.

Sie hält das angefochtene Urteil fýr zutreffend.

Wegen des Sachverhalts im Ã□brigen wird auf die Rentenakten der Beklagten (VSNR: â□¦) den Kläger betreffend sowie auf die Gerichtsakten Bezug genommen, die Gegenstand der mù⁄₄ndlichen Verhandlung gewesen sind.

Entscheidungsgründe:

Die statthafte Berufung ist form- und fristgerecht erhoben, somit insgesamt zulÄxssig.

Sie ist jedoch nicht begründet.

Der Senat sieht von einer weiteren Darlegung der EntscheidungsgrÃ⅓nde ab, da er die Berufung aus den GrÃ⅓nden des angefochtenen Gerichtsbescheides zurÃ⅓ckweist (§ 153 Abs. 2 Sozialgerichtsgesetz â∏ SGG â∏). Zur Ergänzung zitiert der Senat aus der bereits vom Sozialgericht genannten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 28. April 1999 den hier maÃ∏geblichen Satz:

"Im Hinblick auf die Befugnis des Gesetzgebers, Inhalt und Schranken des Eigentums zu bestimmen (Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG), ist es jedoch verfassungsrechtlich unbedenklich, dass der Gesetzgeber die in der DDR erworbenen Ansprýche und Anwartschaften durch eine einheitliche, ausschlieÃ[lich aus der gesetzlichen Rentenversicherung stammende Versorgungsleistung unter Verzicht auf Zusatzleistungen ersetzt hat. Dasselbe gilt für die weitere Absenkung des Sicherungsniveaus dadurch, dass die versicherten

Arbeitsentgelte oder Arbeitseinkommen nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze ber \tilde{A}^{1} /4cksichtigt werden \hat{a}_{-}^{1} } Die Erstreckung der Beitragsbemessungsgrenze auf die \tilde{A}^{1} /4berf \tilde{A}^{1} /4hrten Leistungen ist durch die Entscheidung zugunsten der verfassungsrechtlich zul \tilde{A} xssigen Eingliederung in die Rentenversicherung der Bundesrepublik vorgepr \tilde{A} xgt und k \tilde{A} ¶nnte nicht entfallen, ohne dass das Rentensystem gesprengt w \tilde{A}^{1} /4rde."

Das Ruhen des Verfahrens hat der Senat nicht angeordnet, da es hierf $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r an $\tilde{A}^{1}/_{4}$ bereinstimmenden Antr \tilde{A} gen der Beteiligten ($\frac{\hat{A}}{8}$ 202 SGG i.V.m. $\frac{\hat{A}}{8}$ 251 Abs. 1 Zivilprozessordnung \hat{a} ZPO) fehlt. Die Beklagte hat einem Ruhen nicht zugestimmt.

Die Berufung des Klägers war daher mit der Kostenfolge aus <u>§ 193 SGG</u> zurückzuweisen.

FÃ $\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision lag keiner der in $\frac{A}{8}$ $\frac{160 \text{ SGG}}{160 \text{ SGG}}$ bezeichneten GrÃ $\frac{1}{4}$ nde vor.

Erstellt am: 14.02.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024